

# Lettland ein halbes Jahr vor den Wahlen

Von Axel Reetz

Über die chaotischen Umstände in der lettischen Politik wurde berichtet. Sie sind teilweise Ursache der tiefen, wirtschaftlichen Krise des Landes, wie auch diese ihrerseits eine Konsolidierung der politischen Landschaft nicht fördert. Doch nicht alles in Lettland ist uneingeschränkt negativ.

Ungeachtet aller Schwierigkeiten, hat der erst 38jährige Ministerpräsident Valdis Dombrovskis einen radikalen Sparkurs umgesetzt, ohne seine Reputation in der Bevölkerung verspielt zu haben. Inzwischen gilt einigen deutschen Journalisten Lettland sogar als Vorbild für Griechenland; in diesem Duktus berichtete das „heute journal“ des ZDF ausgerechnet am 4. April 2010, als die Letten den 20. Jahrestag des Loslösungsbeschlusses von der Sowjetunion durch den damaligen Obersten Sowjet des Lande beginnen.

Der Premier steht seit März einem Minderheitskabinetts vor, nachdem die Volkspartei die Regierung verlassen hatte. Bis zu den Wahlen Anfang Oktober verbleibt so wenig Zeit, dass keine politische Kraft Bereitschaft zum Sturz des Kabinetts zeigt, wobei die Angst vor der Verantwortung gewiß nicht zu unterschätzen ist. Ein Indiz dafür ist die Bestätigung des Diplomaten Aivars Ronis als neuer Außenminister mit 90 von 100 Abgeordneten Stimmen. Allerdings ist dies nicht das erste Mal, dass ein halbes Jahr vor der Parlamentswahl eine Minderheitsregierung von der Opposition nicht mehr gestürzt wird, so etwa im Frühjahr 2006, als die „Neue Zeit“ protestierend das Kabinetts Kalvitis/Volkspartei verließ.

Populär, wenn man dieses Wort in der lettischen Politik überhaupt verwenden darf, ist neben dem Premier und seiner Wahlkoalition „Einigkeit“ die einzige große Partei, die seit der Unabhängigkeit 1991 noch nie an der Macht war, das „Harmoniezentrum“. Die Volkspartei hingegen muss inzwischen vor der 5 Prozent-Hürde zittern. Gleiches gilt für Lettlands „Erste Partei/Lettlands Weg“.

Für Außenstehende sind diese Parteinamen ebenso ungewöhnlich wie unverständlich. Die Perpetuierung der politischen Kräfte während der vergangenen 20 Jahre tut ein Übriges, dass auch langjährige Beobachter schon einmal den Überblick verlieren können.

Und hier gibt es nun einen Lichtblick. Das Parteiensystem, noch vor kurzem das wechselhafteste im ganzen post-sozialistischen Raum, beginnt sich zu konsolidieren. Freilich haben die politischen Parteien hier unterschiedliche Motivationen.

Obwohl „Harmoniezentrum“ eher nach dem Namen eines Wellness-Hotels klingt, handelt es sich um eine politische Kraft, die für eine Aussöhnung zwischen Letten und Russen im Lande steht. Einst wurde sie vorwiegend von solchen Russen bevorzugt, die wegen ihrer Vorfahren, die schon in Lettland gelebt hatten, über die Staatsbürgerschaft verfügten, in der Sowjetzeit jedoch eher russisch sozialisiert worden waren. Das hat sich geändert. Als einzige Partei, deren Programmatik sozialdemokratische Züge trägt, ist sie inzwischen auch für viele Letten wählbar und stellt seit vergangenem Frühjahr mit dem ebenfalls erst 37jährigen Nils Ušakov den Bürgermeister der Hauptstadt. Bisher nur als Parteienbündnis aufgetreten wurde daraus nun die Partei „Harmonie“.

Während es hier weniger um Konsolidierung ging, als um eine Steigerung der Popularität, gibt es im politischen Lager des Ministerpräsidenten die noch etwas heterogene Koalition „Einigkeit“, zu der neben der „Neuen Zeit“ des Regierungschefs die Abspaltung der Volkspartei, Gesellschaft für eine andere Politik zählt. Außerdem wirkt am Bündnis auch die Bürgerliche Union mit, die ihrerseits eine Abspaltung der „Neuen Zeit“ war. In dieser Partei hatte es über Jahre Auseinandersetzungen über den Konflikt zwischen den eigenen Prinzipien und einer Regierungsbeteiligung gegeben. Das Verhältnis könnte sich verbessern, da der Gründer und Übervater der „Neuen Zeit“ und derzeitiger Finanzminister, Einars Repše, angekündigt

hat, bei den nächsten Wahlen nicht mehr anzutreten. Dem als Korruptionsbekämpfer angetretenen ehemaligen Zentralbankchef wird Dickköpfigkeit nachgesagt. Außerdem hat er sich nach Gründung der Partei oftmals ungeschickt verhalten mit Äußerungen wie, dass er vom Mars komme und natürlich verrückt sei.

Diese beiden politischen Lager sind die wichtigsten politischen Blöcke, denen 20 Prozent bei den Wahlen sicher zuzutrauen sind. Stabil ist die Union aus den in Lettland wertekonservativen Grünen und den Bauern, die ein weiteres Fünftel der Stimmen erreichen könnten.

Weniger erfolgreich wären die „Volkspartei“ und „Lettlands Erste Partei/Lettlands Weg“. Letzteres Bündnis entstand vor den Wahlen von 2006, weil zwei Partner auf Augenhöhe separat um ihren Einzug ins Parlament besorgt waren. Nun teilt das Bündnis dieselbe Sorge mit der „Volkspartei“. Darum wurde seit längerem über eine Kooperation spekuliert, welcher auf dem ersten Blick im Wege steht, dass beide Parteien als Oligarchenkräfte gelten. Andris Šķele gründete 1998 auf dem Höhepunkt seiner Popularität die „Volkspartei“, während Ainars Šlesers 2002 mit der ersten Partei bereits sein zweites politisches Projekt aus der Taufe gehoben hatte. Die Presse amüsiert sich inzwischen über den auf den identischen Initialen beruhenden Scherz des Werbefachmannes Eriks Stendzenieks: AŠ zum Quadrat.

Es gibt aber ganz andere Ungereimtheiten dieser Kooperation. So wurde Šlesers 2009 als langjähriger Verkehrsminister aus dem Kabinett gestoßen, nachdem bei der Regierungsbildung Dombrovskis für seine Partei kein Platz mehr auf der Regierungsbank war. Seit den Kommunalwahlen ist er im Tandem mit Ušakov Vizebürgermeister der Hauptstadt. Im nationalen Parlament wiederum unterstützt seine Partei jene Regierung, die sie nicht gewollt hatte, während die „Volkspartei“ deren Politik ablehnt.

Während AŠ hoch zwei also für beide Parteien eher eine Überlebensstrategie ist, bestehen über die

Einigkeit der „Einigkeit“ nach den Wahlen ebenfalls berechtigte Zweifel.

Gleichzeitig stehen diesen Konsolidierungstendenzen Neugründungen gegenüber. In der Vergangenheit wurden solche von zum jeweiligen Zeitraum populären Persönlichkeiten angeführt und waren vor allem auch deshalb ausgesprochen erfolgreich – Šķele und Repše sind Beispiele dafür.

Die Sozialdemokraten, welche von 1998 bis 2002 nur einmal im Parlament vertreten waren, die „Volksbewegung Solidarität“ und der lettische Ableger der europaweiten Euroskeptiker Libertas in Lettland wollen mit der „Solidarität“ ein sozialdemokratisch orientiertes Wahlbündnis auf die Beine stellen. Diese Zusammenstellung ist reichlich überraschend, wird doch Libertas vom früheren Ministerpräsidenten und Europaabgeordneten Guntars Krasts angeführt, der jahrelang der nationalkonservativen Partei „Für Vaterland und Freiheit“ angehörte und sogar Ministerpräsident war.

Diese Vergangenheit will nicht so recht zusammenpassen mit den programmatischen Forderungen nach mehr Staat in der Wirtschaftskrise zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut. Verwunderlich auch die Bestätigung des Chefs der Sozialdemokraten, Janis Dinevics, noch zu Jahresbeginn Gespräche mit der „Einigkeit“ geführt zu haben. Die Sozialdemokraten waren aber nicht einverstanden mit dem Angebot einiger Listenplätze, um im Gegenzug selbst keine Liste aufzustellen. Jetzt würde Dinevics gerne bei der Wahl auf der Liste parteilose Vertreter von Nichtregierungsorganisationen sehen.

Die Partei „Bewegung des 13. Januar/13. Janvara Kustiba“ von Vladimir Linderman und Jevgenij Osipov mit seiner „gleichnamigen“ Partei registrierten die Internationale, deren Hauptziel der Kampf für soziale Gerechtigkeit sei. Linderman ist die mit den Nationalbolschewisten sympathisierende schillernde Persönlichkeit in Lettland. Er hatte sich vor Gericht gegen illegalen Sprengstoffbesitz verantworten müssen, wo ihm die Staatsanwaltschaft letztlich keine Schuld nachweisen konnte. Linderman hatte das Verfahren durch einen längeren Aufenthalt in Russland verzögert, bis er von den dortigen Behörden an Lettland ausgeliefert worden war.